

Zunehmende Diskriminierung von Christen



Dass sich der Wind in Europa dreht und die Christen zunehmend unter Druck geraten, ist allgemein bekannt. Die Leiterin der Wiener Dokumentationsstelle für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen, Gudrun Kugler (Foto), spricht vom mangelnden Problembewusstsein der EU. „Christen werden immer mehr an den Rand gedrängt und müssen sich aufgrund ihrer Positionen und Haltungen immer öfter vor Gericht verantworten“, sagte die Juristin und Theologin in einem Interview für die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „academia“ des Österreichischen Cartellverbandes (ÖCV). Auch hätten Christen vermehrt unter Einschränkungen im Bereich von Religions-, Rede- und Gewissensfreiheit zu leiden.

Weiter schreibt das Internetportal kath.net:

Zwar existierten keine vollständigen europäischen Statistiken; bei der Dokumentationsstelle würden aber immer mehr Fälle von Intoleranz gemeldet. „Die Form, wie sich die Ablehnung von Christen ausdrückt, wird härter“, sagte Kugler.

In Deutschland etwa seien vermehrt Übergriffe auf Kirchengebäude zu beobachten, eine Tat, die in vielen Ländern von der Polizeistatistik gar nicht als „religionsfeindlicher Akt“ erfasst werde.

„Wenn ein jüdisches Grab geschändet wird oder Hakenkreuze an

die Wand geschmiert werden, warnt man hingegen vor einem zunehmenden Antisemitismus“, ergänzte Kugler.

Das Problem der „Christianophobie“ sei keine Frage von Selbstmitleid oder ungerechtfertigter Privilegien für Christen, betonte die Leiterin der Dokumentationsstelle. Die in Europa geltende Religionsfreiheit im Sinn des Rechts, seine Religion auch in der Öffentlichkeit auszuüben, müsse als Errungenschaft für alle gesehen werden.

Meinungsmacher oft „antichristlicher“ als andere

„Ich habe den Eindruck, dass viele Medienleute und politische Entscheidungsträger oft antichristlicher eingestellt sind als die Bevölkerung“, kritisierte Kugler die Haltung vieler Meinungsmacher.

Sie verwies auf kürzlich publizierte Umfrageergebnisse, wonach 80 Prozent der Österreicher zustimmten, dass Österreich ein christliches Land sei und es auch bleiben solle. Dennoch würden Christen allgemein vermehrt mit negativen Zuschreibungen wie „homophob“, „frauenfeindlich“, „intolerant“, „weltfremd“ oder „geisteskrank“ belegt, so Kugler.

Auch beklagt die Juristin, dass die Schwierigkeiten durch die sogenannten Antidiskriminierungs-Gesetze der EU gefördert werden. Hier geht es fast nur um den Bereich der sexuellen Orientierung, um zu verhindern, dass Personen mit trans-, bi- oder homosexuellen Neigungen diskriminiert werden.

Weiter heißt es in kath.net:

Aufgrund der langen christlichen Tradition gehe man in der EU von der Meinung aus, dass Christen keines besonderen Schutzes bedürften; sie würden vielmehr im Bereich der Antidiskriminierung zunehmend als Täter gesehen. Kugler: „Und es fehlt schlichtweg das Problembewusstsein. Wenn die

Bevölkerung nicht sieht, dass Christen benachteiligt werden, sehen es auch die Richter nicht als Problem.“

Die Juristin warnte in diesem Zusammenhang vor der nächsten von Brüssel geplanten Antidiskriminierungs-Richtlinie, die das Diskriminierungsverbot auch auf den privaten Bereich ausdehnen soll, sofern dieser irgendeine wirtschaftliche Relevanz hat. Privatautonomie und Gewissensfreiheit würden damit „drastisch eingeschränkt“, so Kugler: „Das würde zum Beispiel bedeuten, dass sich ein christliches Gästehaus nicht mehr seine Gäste aussuchen könnte oder man bei der Vermietung des Pfarrgemeindesaals keine Gruppe ausschließen dürfte.“

Das komplette Interview mit Kugler kann man sich in der Zeitschrift Academia (Ausgabe 5/2011), die als pdf downzuladen ist, ab S. 7 durchlesen. Überhaupt scheint die Academia sehr interessant: Wir empfehlen insbesondere das Interview mit dem Leiter der Diözese El-Obeid im Sudan, Bischof Macram Max Gassis: „Wer hat den Koran wirklich gelesen?“ (ab S. 16) und den Artikel „Tabuthema Ausländergewalt“ (ab S. 26).